

# Kolumbien-aktuell

No. 423      16. Februar 2006

- 1. Politik: Die Gefahr der Überschätzung**
- 2. Frieden und bewaffneter Konflikt: Die Demobilisierung von Ramón Isaza - Ende oder Umwandlung?**
- 3. Menschenrechte: Fragliche Wiedergutmachung - die Reichweite des Gesetzes Gerechtigkeit und Friede**
- 4. Soziale Bewegungen: Qualität der Bildung und Bildungspolitik in Zeiten der Ungewissheit**

*Leitungsequipe:*

Alejandro Angulo S.J., CINEP; Gabriel Izquierdo S.J., Redunipaz  
Carlos Salgado, PLANETA PAZ; Camilo Castellanos, ILSA

*Direktion:*

Patricia Madariaga

*Redaktionsequipe:*

Alejandro Angulo S.J.; Patricia Madariaga; Liliana Guarín; Elena Rey; Camilo Tamayo

*Gestaltung der Website:*

[www.actualidadcolombiana.org](http://www.actualidadcolombiana.org)

e-mail: [actualidadcolombiana@cinep.org.co](mailto:actualidadcolombiana@cinep.org.co)

*Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:*

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz

e-mail: [askluzern@datacomm.ch](mailto:askluzern@datacomm.ch); Internet: [www.kolumbien-aktuell.ch](http://www.kolumbien-aktuell.ch)

## **1. Politik: Die Gefahr der Überschätzung**

*In Kolumbien-aktuell No. 422 haben wir den Artikel Paramilitärische Infiltration - die Achillesferse von Uribe publiziert. Darin hat Luis David Obando einige kritische Punkte der Wiederwahlkampagne von Uribe untersucht. Im nachfolgenden Artikel weitert der gleiche Autor seine Analyse auf den jetzigen Wahlkampf aus und beleuchtet einen anderen Aspekt: Die Überschätzung der Unterstützung des Präsidenten-Kandidaten.*

*Von Luis David Obando, Direktor für Öffentliches des Sozialforschungsinstituts IPC in Medellin*

Sagen wir - zur Belebung der Diskussion - Präsident Uribe sei ein hervorragender Regierungschef, der mindestens 20 seiner 100 Ziele des im Jahr 2002 vorgestellten Regierungsprogramms erfüllt habe. Und sagen wir, dass er die angestrebte Wiederwahl mehr als verdient. Was aber auch bei all diesen Annahmen immer noch überrascht - wegen der übermenschlichen Dimension - ist der dadurch ausgelöste Grössenwahn, welcher durch alle diese Bedingungen geschaffen wurde. Ein Grössenwahn, der soweit geht, sich als absoluten Herrscher zu sehen und sich die Fähigkeit zuzuschreiben, die Realität zu bestimmen.

Der letzte Beweis dafür ist die offizielle Erklärung auf den Protest Ecuadors wegen der Grenzverletzung von letzter Woche. Während mehrerer Stunden und trotz der Klagen der Bevölkerung verfolgte die kolumbianische Armee eine Guerillaeinheit über den San Miguel Fluss hinaus auf ecuadorianisches Gebiet. Die kolumbianische Regierung versuchte sich mit dem

Ausdruck zu entschuldigen: *Wenn diese Situation sich so ereignet hat.* In ähnlich halbhatziger Weise krebste sie von den jüngsten Anschuldigungen gegen Rafael Pardo zurück. Die Regierung hatten den Senator beschuldigt, eine oppositionelle Allianz mit der FARC zu suchen. Die Regierung sprach nicht von einem Fehler, sondern von der Unmöglichkeit, die Beweise gegen Pardo vorzulegen, dies wegen vermeintlich *höheren Interessen des Landes.*

Und als ob es noch nicht genug wäre diese Scheinrealitäten zu schaffen, ist es in beiden Fällen die Regierung selber (oder ihre Berater wie José Obdulio Gaviria und Juan Manuel Santos), welche diese Erklärungen als zufriedenstellend bezeichnen.

Über die Eitelkeiten der Macht hinaus zeigt dies, dass im Regierungspalast Uribe mehr als ein Phänomen der Massenmedien, denn als Regierungschef betrachtet wird. Diese Aura der Überheblichkeit hat zu einer Wahlstrategie geführt, die Schlägen mit verbundenen Augen gleicht. Dies geht soweit, dass der Präsident aufgrund fehlender Konkurrenten mit vergleichbarer Popularität in seinem Spiegelbild den eigenen Feind sieht.

Ich habe die paramilitärische Infiltration in die Listen Uribes als dessen Achillesferse bezeichnet. Aufgrund der Neuigkeiten müsste man die Überschätzung der Unterstützung aufgrund der Meinungsumfragen ebenfalls als Gefahr sehen. Die jüngsten Taktiken der Regierung in der Wahlkampagne fallen für den Präsidenten kostspieliger aus, als er gemeint hat. Und wenn auch die übrigen Präsidentschaftskandidaten durch die Popularität von Uribe wie hypnotisiert scheinen, könnte es nach einer Überraschung im ersten Wahlgang ganz anders aussehen. Wenn Pardo, Carlos Gaviria, Serpa, Rivera, Gonzalez und die anderen Vorkandidaten ihre vermeintliche Niederlage wegstecken und tatsächlich von der Präsidentschaft 2006 träumen, dann werden sie im Verhalten von Uribe die Argumente für den Wahlkampf finden, um nicht nur diesen in Führung liegenden Kandidaten zu besiegen, sondern auch bei den Umfragen zu punkten.

## **2.Frieden und bewaffneter Konflikt: Die Demobilisierung von Ramón Isaza - Ende oder Umwandlung?**

*Das Nachdenken über die historischen und politischen Hintergründe führen dazu sich zu fragen, ob tatsächlich das paramilitärische Dispositiv an sein Ende gekommen ist oder Teil eines gewaltsamen Prozesses ist, dessen Qualität vor allem im steten Wandel und in der Kontinuität liegt.*

*Von Eduardo Alvarez Vanegas, Forscher am CINEP*

Der Demobilisierung von Ramón Isaza und seinen Männern wurde grosse Publizität eingeräumt. 990 Mitglieder der sog. *Bäuerlichen Selbstverteidigungsgruppe des Magdalena Media ACMM* reichten dem Friedensbeauftragten der Regierung und weiteren Regierungsfunktionären unter den Blicken von nationalen und internationalen Beobachtern und lokalen Behörden bei der Zeremonie der Waffenübergabe im Weiler La Merced in der Gemeinde Puerto Triunfo (Dep. Antioquia) am 7. Februar 06 die Hand. Doch der journalistische Aufmarsch beschränkte sich mit wenigen Ausnahmen<sup>1</sup> auf das Festhalten dieses Momentes der Übergabe von 754 Waffen und den malerischen Geschichten rund um den erfahrendsten Mann des paramilitärischen Dispositivs, ohne im Geringsten den geschichtlichen Hintergrund und die politische Bedeutung seines Werdegangs zu hinterfragen. Ramón Isaza war als *Der Alte* bekannt und sein *Modell von Puerto Boyacá* ging in die Geschichte des bewaffneten Konfliktes ein.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup>Semana, Kugeln, Drogen und Angst, No. 1241; El Colombiano, Ein Krieg, der mit acht alten Flinten begann, 5. Febr. 2006

<sup>2</sup>Carlos Medina Gallego, Selbstverteidigungsgruppen, Paramilitärs und Drogenhandel in Kolumbien. Ursprung, Entwicklung und Konsolidierung. Der Fall Puerto Boyacá. Bogotá, 1990

Eine Studie des bewaffneten Konfliktes in Kolumbien verlangt die Ergänzung einer nationalen Vision durch die regionalen, sehr unterschiedlichen Eigenheiten. Dabei gilt es u.a. die Geschichte, die Topographie, die Besiedlungsprozesse und die Bildung von regionalen Eliten zu beachten. So weist die Gemeinde Puerto Boyacá - auch bekannt als *Territorium Vásquez* - mit den beiden Gemeinden Otanche und Borbur eine Dynamik der Besiedlung und der Gewalt, wie auch politische Wandlungsprozesse auf, die zwar nicht völlig ausschliesslich auf dieses Gebiet beschränkt sind, aber doch die Entstehung, den Einfluss, die Präsenz und die Entwicklung der Selbstverteidigungsgruppen und später der Paramilitärs geprägt haben.

So ist beispielsweise der Besiedlungsprozess entscheidend für die Bildung von Interessen und die Schaffung einer regionalen und lokalen Machtstruktur. Diese wurde durch die Aktivitäten der Erdölfirma *Texas Petroleum* geprägt, welche nicht nur die Entwicklung der Erdölausbeutung, sondern auch der Infrastruktur und der Landaneignung prägte. Texas diversifizierte die Nutzung des Landes und eröffnete Filialen, was Händler, Industrielle, Politiker und ehemalige Militärs anzog, um in die Viehzucht einzusteigen.

Parallel dazu und nach diesen Ereignissen zwischen 1930 bis 1960 förderte die *Violencia* (A.d.Ü. bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzung zwischen 1948 und 1957, welche rund 300'000 Tote und eine Million vertriebene Bauernfamilien forderte) die liberale Besiedlung der Gemeinde, was ein beachtlicher Unterschied zum Rest des Dep. Boyacá ist, welches konservativ dominiert ist. In Puerto Boyacá entstand die Guerilla von Ribera und während der Zeit des *Frente Nacional* (ab 1958) waren wichtige Bewegungen im Ort präsent, so die ANAPO, die Revolutionäre Liberale Bewegung MRL, die Guerillabewegungen FARC, ELN und EPL, die Kommunistische Partei PCC, der MOIR und die Vereinigung der ArbeiterInnen Kolumbiens CTC. ANAPO und MRL trugen zu Beginn der 60er Jahre mit zur politischen Identität von Puerto Boyacá bei. Der Grossteil der Bevölkerung war liberal und unzufrieden mit den Folgen der *Violencia* und der Diktatur von Rojas Pinilla. Dieser Hintergrund beeinflusste das politische Kräfteverhältnis und führte dazu, dass der Ort später von der Kommunistischen Partei PCC dominiert wurde.

Fernando Cubides erklärt, dass in dieser Zeit in den 70er Jahren einige Stadträte von Puerto Boyacá und Cimitarra Guerilleros waren und verschiedene Mitglieder der PCC Verbindungsleute zur Guerilla oder bekannte Mitglieder der städtischen Guerilla waren und auch offen dazu standen.<sup>3</sup> Der antikommunistische, liberale Führer Pablo Emilio Guarín erinnert sich in Bezug auf die liberalen Mehrheiten und die Bedeutung des MRL, dass *es hier Probleme gab, den Stadtrat paritätisch zu bilden... Die Liberale Partei holte 6000 Stimmen und besetzten drei Sitze, die Konservativen holten 20 Stimmen und besetzten damit die anderen drei Sitze... Daher waren die liberalen Massen unzufrieden und vergessen vom Staat wechselten sie zuerst zur ANAPO und später zur Kommunistischen Partei PCC.*<sup>4</sup>

Gegen Ende der 60er Jahre hatten nach Carlos Medina Gallego die FARC zwei entscheidende Momente, wie es auch übereinstimmend in den Geschichten von lokalen Führungsleuten und BewohnerInnen von Puerto Boyacá und der Umgebung zum Ausdruck kommt. Ersten: Die Eliminierung von gewöhnlichen Delinquenten durch die 4. Front der FARC schuf eine bedeutende Unterstützung durch die Bevölkerung. Zweitens: Die Erhebung von Schutzgeldern, Erpressungen, Entführungen und die Einforderung von Abgaben rund um die Drogenproduktion und den -handel durch die 11. Front der FARC schmälerte die Unterstützung gegenüber der Guerilla und trug mit dazu bei, dass die Motivation der Selbstverteidigungsgruppen klarer und entschiedener wurde.

Der Fall von Ramón Isaza ist nicht der einzige. Es ist nur der repräsentativste aufgrund seiner

---

3Die Paramilitärs und ihre Strategie, Arbeitsdokument No. 8, Oktober 1997, Cede, Andenuniversität

4Erzählungen und Gegen-Erzählungen in Carlos Medina Gallego, Selbstverteidigungsgruppen, Paramilitärs und Drogenhandel in Kolumbien, (siehe Fussnote 1)

Bedeutung und seiner Legitimierung, welche er seit 1978 erreichte. Isaza weist darauf hin, dass *an diesem Tag ein Bauer kam und mir sagte, dass 20 Guerilleros mich suchten. Ich organisierte acht Männer und wir erwarteten die Guerilleros an zwei Zugängen und legten ihnen dort einen Hinterhalt. Wir entstanden in diesem Weiler. Hier sah man uns wachsen und hier wird man uns sterben sehen.*<sup>5</sup> Die Erzählung von Isaza stimmt mit dem Wechsel des *modus operandi* der 11. Front der FARC überein, welcher sich in dieser Zeit abspielte, vielleicht als Vorspiel zur 7. Konferenz von 1982. Der von 1988 - 1990 amtierende Bürgermeister von Puerto Boyacá, Rubio Rojas, erinnert sich: *Diese Herren und dieser Kommandant wechselten ihre Operationsweise total, völlig im Gegensatz zur 4. Front der FARC. Die 11. Front der FARC misshandelte, forderte, verlangte zu viel, entführte erbarmungslos. Diese Front ist schuld, dass die Unterstützung durch die Bauern verloren ging.*<sup>6</sup>

Zwischen 1978 und 1982 - während der Präsidentschaft von Julio César Turbay - erreichte die *Doktrin der Nationalen Sicherheit* ihren Höhepunkt, was politisch und ideologisch zu einer Internationalisierung des internen Konfliktes führte. Die Guerilla wurde als interner Feind und als Scherge des Internationalen Kommunismus betrachtet und die Armee setzte eine Strategie um, die auf die Zerstörung der Unterstützungsnetze der FARC abzielte. Dies wurde durch die offene Repression gegen die Bevölkerung und die geostrategische Platzierung von Militärbasen (19. Brigade in Puerto Berrío und Bataillon Bárbula in Puerto Boyacá) zu erreichen versucht. Vor allem jedoch durch die Umsetzung und Förderung von Richtlinien und Gesetzesdekreten (erlassen unter Ausnahmerecht), welche die legale Grundlage zur Schaffung der sog. Selbstverteidigungsgruppen und von Vorgehensweisen gaben, die *ausserhalb des militärischen Dispositiv waren, über dieses hinaus gingen und dieses erweiterten.*<sup>7</sup> Mit anderen Worten: Es war eine ausgehandelte Sonderregelung.

In diesem Kontext fielen die anfänglichen Aktionen der Selbstverteidigungsgruppen mit einer wachsenden Ernüchterung von oben und einer Unzufriedenheit von unten überein. Das Zusammenspiel zwischen diesen ersten paramilitärischen Gruppen und Kreisen der Armee und den Drogenkartellen verwandelte eine legitime Form der Verteidigung des Lebens in eine Normalität, in der legale und illegale Aktionen nur schwer voneinander zu unterscheiden waren. *Ich arbeitete mit General Manosalva und dem Hauptmann Hernández zusammen. Sie befehligten meinen Sohn und acht weitere Männer,* betont Isaza. Er erinnert sich: *In den 90er Jahren waren wir Komplizen der Polizei. Wir arbeiteten Hand in Hand, wir schützten uns gegenseitig in allen Regionen und kämpften mit der Guerilla.*<sup>8</sup>

So kam der Anstoss für diesen Wandlungsprozess nicht nur von den Männern von Isaza, sondern von verschiedenen Kreisen und zwar aus strategischen Gründen. Das Machtdispositiv der Armee fand in den ersten Strukturen der Privatarmeen der Drogenhändler, insbesondere bei Gonzalo Rodríguez Gacha, und bei einigen Mitgliedern der *institutionellen Ordnung* Anklang. (Hier ist anzumerken, dass sich Isaza mit dem Drogenzar Pablo Escobar wegen der strategischen Kontrolle über die nördliche Zone von Puerto Boyacá verkrachte.) Als Unternehmer der Einschüchterung boten sie ihre Dienste des Terrors und der Bevölkerungskontrolle als eine Strategie zur Auslöschung der Differenz und zum gewaltsamen Wandel der Identität an mit dem Ziel, die entstehende lokale und regionale Machtstruktur von *Kommunisten zu säubern*, so im Fall des *MAS - Tod den Entführern* und *MARCO - Tod den Revolutionären und Kommunisten*. So installierten sie

---

5El Tiempo, 6. Februar 06

6In Medina Gallego, siehe Fussnote 1

7Zur weiteren Information seien drei Artikel von P. Javier Giraldo S.J. empfohlen: Chronologie und typische Ereignisse des Paramilitarismus als Staatspolitik; Der Paramilitarismus: Eine kriminelle Staatspolitik, welche das Land verschlingt; Der Paramilitarismus in Kolumbien, gestern und heute. Siehe unter [www.javiergiraldo.org](http://www.javiergiraldo.org) Ebenso das Werk von Francisco Leal Buitrago, Die Nationale Sicherheit im Niedergang: Vom Frente Nacional zur kalten Nachkriegszeit, Alfaomega, Bogotá 2002.

8El Tiempo, 6. Februar 06

ein paramilitärisches Modell, dass sich später im Laufe der 90er Jahre auf andere Regionen übertrug und den jeweiligen Besonderheiten angepasst wurde.

Das Modell von Puerto Boyacá charakterisierte sich zudem dadurch, dass es ein politisches Projekt war, welches auf der zu Beginn der 80er Jahre erworbenen politischen Macht beruhte. Parallel zur Dynamik des Terrors und der Gewalt (z.B. das Massaker von La Rochela von 1988, wo eine 12-köpfige richterliche Delegation ermordet wurde) gab es einen politischen Lernprozess. Die *Vereinigung der Bauern und Viehzüchter des Magdalena Medio ACDEGAM* entstand aufgrund rechtlicher Ausnahmeregelungen, welche 1965 und 1969 verabschiedet worden waren, als ein von Bauern, Grossgrundbesitzern und Viehzüchtern angeführtes antisubversives, politisch-militärisches Projekt mit dem Ziel, diesen Wandel aufrecht zu erhalten und zu festigen, der in einer Haltung des Antikommunismus zum Ausdruck kam. Diese Bewegung bekämpfte die Friedenspolitik und die Volkswahl der Bürgermeister und Gouverneure (Legislativakt 01 von 1986) durch die Ausweitung der politischen Gewalt, denn die demokratischen Prozesse bedeuteten eine grössere politische Konkurrenz und die Veränderung der Spielregeln, was sie als eine Bedrohung des regionalen *status quo* betrachteten.<sup>9</sup>

Als das paramilitärische Dispositiv einmal intern in Puerto Boyacá gefestigt war, breitete es sich nach 1985 politisch unter der Etikette des *Frente Comun* im ganzen Magdalena Medio aus. Wenige Jahre später, als Präsident Barco die Gesetzesdekrete von 1965 und 1969 ausser Kraft setzte und Strafen für jene aussetzte, welche Privatarmeen, Selbstverteidigungsgruppen und paramilitärische Gruppen bildeten (Dekret 814 von 1989) bekam das politische Projekt von Puerto Boyacá eine neue Bedeutung, Legitimierung und definitive politische Projektion mit der Schaffung der *Bewegung der Nationalen Restauration MORENA*. Diese Bewegung wurde von Ivan Roberto Duque, alias Ernesto Báez, gegründet und folgte den gleichen Richtlinien seines Vorgängers, war allerdings noch stärker auf die Aufrechterhaltung der errichteten *Ordnung* ausgerichtet.

Aufgrund dieses historischen und kontextuellen Hintergrundes von Ramón Isaza und des Medienereignisses, welches rund um die Demobilisierung geschaffen wurde, ist klar, dass das zukünftige Szenario düster ist und kein glückliches Ende haben wird.

Dies in erster Linie, weil sich Isaza und seine Leute selber als Opfer und Retter des revolutionären Keimes sehen und nicht einsehen, weshalb sie um Verzeihung bitten müssten (womit sie eine Bedingung verletzen, um unter das Gesetz Gerechtigkeit und Friede zu fallen).

Zweitens gab es in den Regionen, in denen das Modell Puerto Boyacá eingepflanzt, umgesetzt wurde und sich weiter entwickelte, eine Änderung der Spielregeln. Der Staat wurde infiltriert oder von den *paramilitärischen Institutionen* besetzt, welche ihre politische und wirtschaftliche Macht in diesen Regionen nach wie vor aufrecht erhalten und sich jetzt offen und ohne sich zu verstecken als regionale Macht installiert haben.

Und letztendlich ist das Paradoxe dieses Prozesses - und jener, die ihn planen und umsetzen - die kurzfristige, leichtfertige und oberflächliche Sichtweise der Eigenheiten des Akteurs und der Dynamiken des bewaffneten Konfliktes. Unabhängig von der Bedeutung der Demobilisierung von 20'000 Männern (hiess es nicht einmal, dass es nach offiziellen Angaben 15'000 Paramilitärs sind?) löst es Erschrecken aus, dass sich das Gewaltdispositiv reproduziert und weiter wandelt. Was zuerst nur einige isolierte Ausdrücke waren, verbreitet sich jetzt in anderen Regionen des Landes. Jetzt sind es nicht direkt paramilitärische Gruppen, sondern ausgeklügeltere *Privatarmeen*<sup>10</sup> mit einer

---

<sup>9</sup>Mauricio Romero betrachtet die Zeit zwischen 1986 - 1995 als die gewalttätigste in der jüngsten Geschichte des Landes. In dieser Zeitspanne wurden die meisten politischen Morde der letzten 40 Jahre verübt. In der gleichen Zeitspanne wurden die ersten vier Volkswahlen der Bürgermeister durchgeführt, wodurch es eine neue politische Konkurrenz gab. In *Paramilitärs und Selbstverteidigungsgruppen 1982 - 2004*, iepri-laneta, Bogotá 2003, S. 89

<sup>10</sup>In einem Bericht in *El Tiempo* wurde darauf hingewiesen, dass parallel zur Demobilisierung paramilitärischer Strukturen die Drogenhändler des Nordens des Dep. Valle del Cauca eine rund 3'000 Mann umfassende Privatarmee

soliden Finanzierung. Die Chefs dieser Armeen sind nicht mehr nur zwei oder drei Drogenbosse, sondern Dutzende von kleinen Drogenkartellen oder im schlimmsten Fall neue regionale Eliten, die neue Formen von privatem Schutz verlangen.<sup>11</sup>

### **3.Menschenrechte: Fragliche Wiedergutmachung - die Reichweite des Gesetzes Gerechtigkeit und Friede**

*Von Alejandro Angulo, Generaldirektor des CINEP*

Die Demobilisierung der Paramilitärs und die Wiedergutmachung gegenüber den Opfern sind im Gesetz 975 von 2005 und durch das Umsetzungsdekret 4760 von 2005 geregelt. Doch es wäre naiv zu glauben, dass ein Gesetz und dessen Reglementierung das auflösen können, was durch missbräuchliche soziale Beziehungen auf der Grundlage von Gewalt auf allen Ebenen des Lebens im ganzen Land aufgebaut und durch die Zusammenarbeit der Führungskräfte gefördert worden ist.

In keiner Ecke Kolumbiens hat ein Gesetz eine grosse Bedeutung für die Gruppen ausserhalb des Gesetzes, noch für Uniformierte oder jene mit weissen Krägen. Darum haben wir in Kolumbien derart viele Gesetze und machen wir mit einer derartigen Leichtigkeit Gesetze. Und darum befinden wir uns auch im Krieg.

Ein Bericht zu Regierungs-, internen Angelegenheiten des Justiz- und Sicherheitsministeriums und des Nationalen Planungsdepartements DNP bestätigt diesen Eindruck, den viele BürgerInnen in Bezug auf die juristische Ineffizienz haben, wenn es um die Herausforderungen der Demobilisierung und Wiedereingliederung der illegalen bewaffneten Gruppen geht. Das DNP sagt, dass es zwei Voraussetzungen für eine institutionelle Lösung gibt: a) beide beauftragte Institutionen müssen die gleiche Bedeutung haben und b) sie müssen sehr gut untereinander koordiniert sein. Nach drei Jahren stellt das DNP fest, dass beide Bedingungen nicht erfüllt sind, denn die Bedeutung der in die Demobilisierung involvierten Institutionen ist durch Personen geprägt (der übliche Presidentialismus mit seinen Vorlieben und Ängsten) und die Koordination zwischen den Institutionen ist traditionell defizitär (von Ängsten und Vorlieben geprägte Präsidenten können keine Zusammenarbeit aufbauen).

Die Trägheit des Staates, die Charakteristiken der Begünstigten und die übliche Improvisation in diesen Programmen behindern nach Meinung des DNP die notwendige Zirkulation der Information. Dies ist ein schwerwiegender Fehler, denn jede Anwendung des Gesetzes hängt von den Informationsmechanismen der Gerichte und der Opfer ab, damit die Untersuchungen erfolgreich abgeschlossen werden können und eine Strafe begründet werden kann. Doch zu diesem schwerwiegenden Fehler kommt noch die kurze Frist für die Untersuchung, die zwischen einem und sechs Monaten beträgt: sechs Monate für die Untersuchung, einen Monat für die Prozessphase. Wer die Untersuchungskapazität der kolumbianischen Justiz kennt, für den ist es klar, dass dies einem Wunschdenken entspricht.

Das DNP führt weiter aus, dass der Staat keine Instrumente hat, um zu wissen, ob sich die Demobilisierten tatsächlich in das Zivilleben integrieren. Daher weiss man auch nicht, ob die Bedingungen für die Integrationspolitik überhaupt erfüllt werden. Wenn es in Bogotá oder Medellín

---

geschaffen haben, El Tiempo, 7. August 05

<sup>11</sup>Am 11. Februar 06 schlugen 500 Grossgrundbesitzer Präsident Uribe in Barrancabermeja anlässlich eines Sicherheitsrates und im Beisein der Bürgermeister von 25 Gemeinden des Magdalena Medio und von militärischen Befehlshabern vor, ein privates Sicherheitsunternehmen zu schaffen, aufgrund der Angst, welche sie wegen der Demobilisierung der Paramilitärs haben. Sie zeigten sich bereit, sich zu bewaffnen und im Informanten- und Kooperantennetz mitzuarbeiten. El Tiempo, 11. Febr. 06, Vorschlag der Viehzüchter lässt die CONVIVIR wieder aufleben.

Integrationsprogramme der lokalen Behörden gibt, so ist dies in den kleinen Gemeinden nicht der Fall. Es ist die berühmte Abwesenheit des Staates, von der die Alltags-Politologen sprechen. Doch mehr als eine Abwesenheit des Staates geht es dabei um eine zeitweilige Präsenz und eine Ignoranz, welche sich automatisch in den Momenten ändert, wenn es um die Verteilung nationaler Gelder geht, denn genau diese verlassenen Gebiete sind die erträumten Schatztruhen aller Piraten der Bürokratie.

Der Zweifel in Bezug auf die Wiedergutmachung ist daher mehr als gerechtfertigt. Denn die vom DNP empfohlene Bedingung *Bereiche der Versöhnung* zu schaffen, ist nicht derart einfach, wenn man bedenkt, dass der Paramilitarismus nicht aufgelöst worden ist.

Bereiche der Versöhnung zu schaffen ist die einzig wirksame Massnahme, jedoch nicht die einfachste. Doch dieser Massnahme müssten die grössten und besten Anstrengungen aller gewidmet sein. Das Gesetz regelt die Mitbeteiligung der Opfer bei der Definition der Entschädigung und Wiedergutmachung. Aber das Gesetz regelt weder den guten Willen der Verhafteten zu Geständnissen und zur Aufdeckung ihrer geraubten Güter, noch die Fähigkeit des Staates, dazu etwas beizutragen. Das Gesetz regelt auch nicht die Fähigkeit des Staates, die Opfer in dem Fall zu schützen, wenn diese die notwendigen Verurteilungen erreichen, die für den Zugang zu Wiedergutmachung notwendig sind. Wir bleiben weiterhin - wie schon jedes Schulkind weiss - in einer Situation *de facto* und bei der bisherigen Gewaltausübung. Und noch viel weniger kann der Staat die Untersuchungen gegen die Strohmänner garantieren, wie dies im Gesetz vorgesehen ist, ohne die Massnahmen zu verbessern, um diese ausfindig zu machen und den Gerichten zu überführen.

Es wäre daher viel effizienter - wie auch das DNP empfiehlt - wenn auch nicht ganz so schnell, wenn wir alle dazu beitragen würden, die Verständigungs- und Verhandlungsprozesse zwischen Opfern und Henkern zu unterstützen, denn letztendlich sind wir alle Opfer. Denn das Problem ist nicht so sehr der politische Wille, sondern der gute Wille. Gewalt hat es im Überfluss, was jetzt fehlt, ist eine kulturelle Verhandlung, da der affektive Kern der widerständigste ist.

Die Entschädigung und Wiedergutmachung ist nach dem Gesetz an die Feststellung der Verantwortlichkeit des Täters durch einen gerichtlichen Schuldspruch gebunden. Doch dieser Schuldspruch hängt letztendlich von der Selbstanklage des Täters ab, da wie gesagt die maximalen Fristen für die Untersuchungsdauer die Unmöglichkeit garantieren, zu begründeten Anklagen zu kommen. Und zu erwarten, dass die Täter, die sich selber als Opfer sehen, Geständnisse ablegen, heisst zu viele Tugenden von Akteuren zu verlangen, die ein anderes Wertesystem haben.

#### **4. Soziale Bewegungen: Qualität der Bildung und Bildungspolitik in Zeiten der Ungewissheit**

*Die Qualität der Bildung ist eine dauernde Sorge bei vielen sozialen Organisationen. Wie sieht sie die aktuelle Regierung? Für den Autor ist die Bildungsrevolution die Verkleidung einer versteckten Motivation: Dem Eintritt der Bankiers in die Klassenzimmer.*

*Von Alfonso Tamayo Valencia, Pädagogische und Technische Universität Kolumbiens, Tunja*

#### **Über die Politik der Evaluierung**

Unter den Bildungsspezialisten ist es bereits zum Allgemeinplatz geworden auf die schweren Defizite des Bildungssystems hinzuweisen, dies sowohl in Bezug auf den Deckungsgrad wie auch in Bezug auf die Qualität. Trotz der Treffen und den internationalen Gipfelgesprächen, den latein- und iberamerikanischen Versammlungen zur Lösung dieser Defizite, lässt die Bilanz der Umsetzung der Bildungspolitik viel zu wünschen übrig. Dies vielleicht daher, weil in jedem Land

die Bedingungen zu deren Umsetzung mit der wirtschaftlichen Realität, der politischen Situation und dem Willen der Lehrpersonen zusammenprallt.

Wenn man dazu noch die wirtschaftliche Globalisierung, die Bedeutung der Wissensgesellschaft und den Einsatz neuer Technologien dazu nimmt, dann hinterlässt uns die Bildungspolitik eine unmöglich zu erfüllende Agenda in Gesellschaften, die immer mehr von Verschuldung und Budgetdefiziten betroffen sind.

Im Fall Kolumbiens weist das Bildungssystem eine unausgewogene Deckung auf: 82% in der Primarschule, 54% in der Sekundarschule und 20,1% bei der höheren Bildung. Bei der Qualität lag Kolumbien von 41 Ländern auf dem 40. Platz. Bei den Prüfungen im Bereich mathematisches Wissen konnten nur 23% der Kinder komplexere Aufgabenstellungen lösen und 11% lagen unter den Minimalanforderungen in Mathematik.

Angesichts dieser Situation wäre es logisch, alle Anstrengungen der lateinamerikanischen Regierungen auf die qualitative und quantitative Verbesserung der Bildung zu richten. Das 21. Jahrhundert ist das Jahrhundert der Wissensgesellschaft. Dies bedeutet, dass weder Geld noch Landbesitz Quellen des Reichtums sind, sondern die Entwicklung und die Produktivität eines Landes von der Produktion wissenschaftlicher Erkenntnisse, neuer Technologien und den Fortschritten im Bereich der Informatik abhängen.

Alle Anstrengungen auf die Verbesserung der Bildungsqualität zu setzen, scheint die einzige Alternative einer einheitlichen Politik auf Weltebene zu sein. Damit würden nicht nur die Märkte vereinheitlicht, sondern auch die Kulturen und es wäre abzuwarten, wie die Anstrengungen der lateinamerikanischen Länder im Bereich der Pädagogik und der Didaktik in diese Politik einfließen würden, denn ab 1980 wurden in Lateinamerika auf diesen Gebieten wichtige Resultate erzielt, die auch von Forschung und Akademie anerkannt wurden.

Doch statt den intellektuellen Teil der Bildung und Pädagogik zu verstärken, wurde die Debatte über die Bildungsqualität von einer Reihe von Konzepten, Techniken und Vorgehensweisen überschwemmt, die von anderen Disziplinen und Wissenschaften her kommen. Dies hat zu einer Entfremdung in Bezug auf den Gegenstand selber - Bildung und Pädagogik - geführt.

Man spricht heute nicht mehr von Bildungsqualität, sondern vom Messen und Sichern der Qualität, vom Garantieren der Wirksamkeit und der Effizienz, vom Verwalten der Bildung und von der Vermeidung von Kosten. Die öffentliche Bildung wird in Frage gestellt und die private Bildung als Modell gepriesen, wobei gesagt wird, der Staat müsse seine Verantwortung an Private abtreten, da diese die Aufgaben besser, effizienter und kostengünstiger lösen würden.

Die Evaluierung der Bildung hat in der Bildungsforschung bereits eine lange Geschichte. Bereits 1984 in Mexiko und 1994 in Kolumbien wurden wichtige Fortschritte in Bezug auf die Thesen und theoretischen Referenzpunkte erzielt, die jetzt durch die Messgrößen und die Ausarbeitung von Instrumenten zur Bestimmung von Kompetenzen ersetzt wurden. Dieser polemische Begriff wurde jedoch ohne grosse Debatte von den Lehrpersonen aufgenommen.

Die pädagogische Bewegung in Kolumbien eröffnete die Debatte über die Bildungsqualität und anerkannte die wichtigen Beiträge von Forschungsgruppen im Bereich der Bildung und der Pädagogik, deren Fragestellungen auch den Zugang zur Qualität im Kontext von Erkenntnissen der Psychologie, Pädagogik und ethisch-politischen Theorien ermöglichen und die Qualität im intellektuellen Bereich der Bildung ansiedeln. Die Sichtweisen aus der sozialen Kommunikation, der Soziolinguistik, der Geschichte der Pädagogik, des Konstruktivismus und der kritischen Theorie zeigen signifikante Fortschritte auf, die zur Schaffung eines rigorosen und seriösen



Qualitätskonzepts im Bereich der Bildung beitragen können.

Die Frage ist aber: Was haben diese wichtigen Entwicklungen in Bezug auf die Problematik der Evaluierung mit der herrschenden Politik der Bildungsevaluierung zu tun? Die Antwort darauf ist, dass seit 1970 diese Debatte stets auf der Agenda stand, sich die Regierenden aber nur für die technischen Instrumente der Evaluierung interessierten. Dies liess die Methode der Evaluierung als eine Machtausübung vermuten, um mittels dieses Instrumentes den Ausschluss von jenen zu rechtfertigen, die nicht in das Bildungssystem passen. Zu beachten ist dabei auch die Reduzierung des Qualitätskonzepts, das an sich komplex und problematisch ist, jetzt aber durch Indikatoren zu einem messbaren und objektiven Instrument wurde. Evaluieren heisst messen und die Qualität ist Verhindern des Schulaustritts und der Wiederholung einer Klasse, wie es in einem Dokument von CEPAL-UNESCO heisst.

### **Der Blick der Bankiers**

Seit 1990 erscheinen an den Weltgipfeln zu Bildung nicht nur die internationalen Organisationen mit einem klaren kulturellen Auftrag wie die UNESCO, sondern auch reine Finanzinstitutionen wie die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank BID. Es sind diese Finanzinstitutionen, welche über die Bildungsqualität in den armen Ländern nachdenken und entscheiden und dabei auf vergleichende Evaluierungen mit den reichen Ländern zurückgreifen. Bei diesen vergleichenden Evaluierungen werden Instrumente angewendet, welche den kulturellen und sozialen Kontext verkennen. Es tauchen also die Bankiers mit ihrer Sprache der Ökonomie und der Unternehmensverwaltung auf. Sie nutzen dabei das Konzept der Wissensgesellschaft um Bildung mit Wissen gleichzusetzen und als eine Ware zu sehen, welche durch die Kräfte von Angebot und Nachfrage reguliert wird.

Die Fragen in Bezug auf das Bildungssystem kreisen um Kosten und Nutzen. Die Antworten sind alarmierend: Die Kosten steht kein Nutzen gegenüber; die Studierenden lernen nichts oder das Wenige, das sie lernen, vergessen sie wieder oder dient zu nichts. Die gewerkschaftlich organisierten Lehrpersonen missbrauchen ihre erreichten Begünstigungen und binden der Regierung die Hände; der private Sektor erzielt mit weniger Mitteln bessere Ergebnisse; die politische Korruption führt zu einer Verschwendung der Gelder; es gibt Schulen ohne Lehrpersonen und Lehrpersonen ohne Schulen; die Schulen stehen an den falschen Orten; das Verhältnis wie viele Schüler auf eine Lehrperson kommen ist schlecht; die Klassenzimmer werden zu wenig gut genutzt; die Schule ist ineffizient, weil sie die SchülerInnen nicht in der Schule behalten kann und das Repetieren ist kostspielig; die öffentlichen Mittel dürfen nicht schlecht verwaltet werden; man ist der Gesellschaft Rechenschaft schuldig... Also: Machen wir die Revolution der Qualität!

Dies führte zur sogenannten *Bildungsrevolution* in Kolumbien mit dem Ziel, den Deckungsgrad und die Qualität der Bildung zu erhöhen, ohne einen Peso mehr in das Bildungssystem zu stecken. Denn es genügt, das System effizienter zu machen, von der Weltbank Kredite aufzunehmen, um sie den Ärmsten über das ICETEX zu leihen, die technische Ausbildung wie sie im SENA (Berufsbildung) gelehrt wird zu fördern, Technologiekurse zu lancieren, eine Allianz mit der Industrie einzugehen und die Schulen in Konzession zu geben im Rahmen eines gemischtwirtschaftlichen Modells zwischen Staat und Privatwirtschaft.

Und vor allem gilt es das Evaluierungssystem durchzusetzen: Dieses geht von der Festlegung von Standards aus, der Durchführung von verschiedenen Erhebungen, dem Rückfluss der Information an die Schulen und aufgrund der Diagnosen sollen die Pläne zur Verbesserung der aufgezeigten Defizite gemacht werden. Wenn dies auf der Stufe der Primar- und Sekundarschule und bei der Höheren Bildung gemacht wird, dann werden wir wissen, wo wir stehen. Die Schulen, ihre Programme, die Rektoren, die Dozenten und Lehrpersonen und die SchülerInnen werden evaluiert mittels der Messung ihrer Kompetenzen und Prüfungen im Bereich des Wissens. Dann soll versucht

werden, den Deckungsgrad der Primar- und Sekundarschule von 82% auf 92% zu erhöhen. Alle drei Jahre soll dieser Verbesserungszyklus neu beginnen, bis die gesteckten Ziele erreicht sein werden. Dies alles wird den nationalen, departementalen und lokalen Behörden erlauben, einen Prioritätenplan zu erstellen, womit die vorhandenen Ressourcen optimal eingesetzt und ein wirklicher Wandel im Bildungsbereich in Gang gesetzt würde.

Wenn wir die erreichten Fortschritte im Bereich der Evaluierung mit den bildungspolitischen Vorschlägen der Regierung vergleichen, dann stellen wir eine völliges Ignorieren der besten Vorschläge der Akademie und der Pädagogik fest. Dem wird eine Strategie der Macht entgegen gesetzt, welche administrative und finanzielle Aspekte privilegiert und Kontrolle und Überwachung im pädagogischen, ethischen, kulturellen und sozialen Bereich anstrebt. Das Grundproblem liegt im Messinstrument selber, im Bestreben zu messen und darin, was zu messen angestrebt wird: Ein soziales Phänomen soll mit den Instrumenten der Naturwissenschaften gemessen werden.

Wird der kulturelle, politische und ökonomische Kontext ausgeklammert und nur die Inhalte von Wissensdisziplinen gemessen, für welche Minimalstandards festgelegt werden, so werden wir immer unter dem Durchschnitt liegen. Denn was uns Reichtum und Lebensqualität gibt, wird genau nicht gemessen und weil der Vergleich mit anderen Ländern den wirtschaftlichen Mehrwert miteinschliesst, der hier bei uns nicht berücksichtigt wird.

Die Tatsache, dass die Technokraten des Bildungsministeriums einmal mehr kommen und an die Stelle der Bildungsfachleute treten, Messinstrumente ausarbeiten und aufgrund von Statistiken der Resultate gewissen Schulen privilegieren, Rektoren und Lehrpersonen bestrafen, welche die gesetzten Ziele nicht erreichten, dies alles ist verheerend. Denn wie sollen die Ziele erreicht werden, wenn die reelle Situation der Lehrpersonen verkannt wird? Die Lehrpersonen sehen sich mit den Folgen der sozialen Krise, Vertreibung, Gewalt, Misshandlung, mit den eigenen Lohnkürzungen und den immer höheren rechtlichen Anforderungen an sie konfrontiert. So wird von den Lehrpersonen verlangt immer länger in der Schule präsent zu sein, eine grössere Anzahl von Kindern mit den gleichen Ressourcen zu unterrichten, effizient zu sein und mit den Augen eines Finanzverwalters das Lernen zu administrieren. Wie soll die Bildungsqualität verbessert werden mit einem Rektor-Verwalter, der von den Resultaten der Evaluierung abhängt und bei schlechtem Abschneiden mit der Rückversetzung an die Basis bestraft wird? Welche pädagogische und didaktische Ausbildung wurde den Rektoren zuteil, damit sie verantwortungsvoll ihre Arbeit auswerten können?

Zusammengefasst: Die Evaluierung der Bildungsqualität - welche von internationalen Organisationen und Regierungen hätte ernst genommen werden müssen, wobei die Entwicklungen in Pädagogik und Didaktik hätten genutzt werden können - wurde aus einer politischen, ökonomischen, normativen und administrativen Sichtweise angegangen, was verheerende Konsequenzen für die tatsächliche Stärkung der Bildungsqualität zur Folge hatte. Demgegenüber zeichnet sich in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts eine Entwicklung in Richtung Taylorismus ab.

### **Was bleibt?**

Es gilt das Wissen der Studien über die Evaluierung der Bildung neu zu beleben. Eine neue pädagogische Bewegung mit einem frischen Wind muss aufgebaut werden, basierend auf den Gewerkschaften der Lehrpersonen. Das eigentliche Wissen der Lehrperson muss neu belebt werden: Pädagogik und Didaktik, um auf dieser Grundlage den Grundstein zu finden, welcher erlaubt, eine eigene Position der Würde zu entwickeln und zu anerkannten und intelligenten Verhandlungspartnern der Regierungspolitik zu werden. Es gilt die Stimmen der Lehrpersonen des ganzen Landes und Lateinamerikas zu vereinen, um andere Formen der Evaluierung der Bildungsqualität vorzuschlagen; eine Evaluierung, welche die kulturelle Identität unserer Völker

respektiert und den Wert des Sozialen, Kulturellen, Ethischen, Spielerischen und Ästhetischen in der Bildung anerkennt wie auch die Ausübung einer gesunden Autonomie. Es gilt darauf zu vertrauen, dass die Lehrpersonen erwachsen geworden und fähig sind, die Sprache der Qualität, der Effizienz, der Ergebnisse und der Administration durch die Sprache der Chancengleichheit, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit zu ersetzen.

Die Bildungsrevolution machen wir Lehrpersonen des ganzen Landes und sie wird nicht durch ein Evaluierungsprogramm der Regierung oder eine kurzfristige Politik mit klaren wirtschaftlichen Interessen gemacht. Denn *ohne gute Lehrpersonen gibt es keine guten Schulen und ohne guten Schulen gibt es keine gute Bildung*, wie es der Lehrer aller Lehrer, Don Augustin Nieto Caballero vor langer Zeit richtig sagte.